

logischen Akademie in Krakau sind derzeit im Gange. Diese Akademie wird gegenwärtig ausschließlich aus kirchlichen Mitteln finanziert. Das Konkordat zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl sieht finanzielle Hilfe seitens des Staates für diese Akademie vor (Art. 15., Punkt 3.). Das Konkordat wurde jedoch bis heute vom Parlament nicht ratifiziert, und der erwähnte Artikel ist einer der strittigen Punkte in der Konkordatsdebatte. Die Akademie entstammt zwar der theologischen Fakultät der Universität in Krakau, jedoch ist ihre Rückkehr in den Verband dieser Universität gegenwärtig nicht zu realisieren, weil die Akademie drei Fakultäten besitzt, in der Universität dagegen von diesen dreien lediglich die theologische Fakultät bestehen bleiben könnte. Deshalb wird auch nach einem anderen Modell für die Föderation der Akademie mit der Universität gesucht, das der Akademie ermöglichen würde, alle Fakultäten beizubehalten und gleichzeitig die Verbindung mit der Universität wiederherzustellen.

### Kehrt die Theologie an die Universität zurück?

Das zweite wichtige Problem, das gegenwärtig in Polen diskutiert wird, ist die Zukunft der päpstlichen theologischen Fakultäten. Da diese vom Staat anerkannt werden, können sie weiterhin als unabhängige päpstliche Fakultäten bestehen bleiben. Da sie sich aber in den Universitätsstädten Breslau und Posen befinden, bestünde die Möglichkeit, sie in die Universitätsstrukturen einzubinden. Einige Schritte in diese Richtung wurden bereits in Breslau unternommen. Die Eingliederung der theologischen Fakultät in die Breslauer Universität wäre auch unter dem Gesichtspunkt der Hochschultradition dieser Stadt angebracht. Vor dem Krieg bestand an der Universität in Breslau schließlich eine in Deutschland weithin anerkannte theologische Fakultät. Freilich hat auch diese Lösung sowohl Befürworter wie Gegner.

Das dritte Problem schließlich ist die Errichtung neuer theologischer Fakultäten an den bereits bestehenden oder neu entstehenden bzw. geplanten Universitäten. Zum Präzedenzfall wurde Oppeln. In Kattowitz, Thorn, Danzig und Stettin existieren sowohl Universitäten als auch Priesterseminare und theologische Bildungszentren. Nach Erfüllung bestimmter akademischer Voraussetzungen und nach Zustimmung seitens des Heiligen Stuhls könnten diese theologischen Ausbildungsstätten sich um Angliederung an die Universitäten als theologische Fakultäten bemühen. Geplant wird die Gründung neuer staatlicher Universitäten in Rzeszow und in Bialystok. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dort in weiterer Zukunft auch theologische Fakultäten errichtet werden.

Die Diskussion über die Stellung der theologischen Fakultäten im polnischen Schulwesen ist auch Bestandteil der Gespräche, die seit 1989 in Polen hinsichtlich der Stellung des Religionsunterrichts geführt werden. Die einen meinen, daß der Ort für den Religionsunterricht die Pfarrei sein müßte, nach den anderen ist es die Schule. 1990 haben sich die polnischen Bischöfe für die vollständige Rückkehr des Religionsunterrichts an die Schulen ausgesprochen. Was die theologische Bildung betrifft, gab es keine ähnliche, eindeutige Erklärung. Die Bischofskonferenz akzeptierte zwar die Errichtung einer theologischen Fakultät an der staatlichen Universität in Oppeln, äußerte sich jedoch nicht zu der Frage, ob die bestehenden päpstlichen Fakultäten in die Universitäten integriert oder ob weitere neue theologische Fakultäten an Universitäten errichtet werden sollen.

Mit großer Aufmerksamkeit wird die Arbeit der theologischen Fakultät der Universität in Oppeln beobachtet. Es scheint, daß die Erfahrungen dieser Fakultät einen großen Einfluß auf die Beantwortung der Frage haben werden, ob in Zukunft die theologischen Studien in Polen ausschließlich in kirchlicher Regie geführt werden oder ob der richtige Platz für die akademische Ausbildung der Theologen doch die Universität ist.

*Kazimierz Wolsza*

## Kurzinformationen

### Vierte Reise des Papstes in die Vereinigten Staaten

Vom 4. bis 9. Oktober unternahm Papst Johannes Paul II. seine vierte Reise in die Vereinigten Staaten, seine 68. Reise in ein Land außerhalb Italiens. Stationen seiner Reise waren ein Besuch bei den Vereinten Nationen am New Yorker East River einschließ-

lich einer Rede vor der Vollversammlung der UNO (Wortlaut vgl. ds. Heft, S. 594 ff.) sowie Pastoralbesuche in den Diözesen Newark, New York, Brooklyn und Baltimore. Anlaß des Aufenthalts bei den UNO war der 50. Jahrestag von deren Gründung. Der Besuch war ursprünglich für Oktober 1994 geplant, mußte jedoch wegen einer Hüftoperation des Papstes abgesagt und verschoben werden. Fast auf den

Tag genau vor 30 Jahren, nämlich am 4. Oktober 1965, hatte mit Paul VI. erstmals ein Papst vor der Versammlung der UNO gesprochen (vgl. HK, November 1965, 647 ff.). Der erste Auftritt des jetzigen Papstes vor der UNO liegt 16 Jahre zurück, am 2. Oktober 1979 (vgl. HK, November 1979, 554 ff.). Zunächst sollte die erneute Reise in die USA ein reiner UN-Besuch werden. Im Laufe der Vorbe-

reitungen wurde der UN-Besuch jedoch ergänzt durch Pastoralbesuche in mehreren Diözesen der Ostküste. Pressebeobachter betonten verschiedentlich den überschwenglichen Empfang, den man dem nicht von allen US-Katholiken geliebten Papst bereitere. Es machte das Wort vom „Geist von Denver“ die Runde, den man in New York habe erneut spüren können. In Denver fand vor zwei Jahren ein Weltjugendtag statt, an dem der Papst teilnahm (vgl. HK, September 1993, 437f.). Es dürfte kein Zufall sein, daß sowohl in Denver wie auch in New York Bischöfe residieren, die innerhalb des US-Episkopates als besonders papstnah gelten. In seinen Ansprachen ging der Papst vor allem auf gesellschaftliche Fragen ein, die Werthaltigkeit von Demokratie, die für ein Land wie die USA ebenso traditionelle wie mehr denn je notwendige Großzügigkeit gegenüber den Fremden. Er sprach sich erneut gegen Abtreibung und Euthanasie aus. Wenige Tage (!) zuvor hatten sich die amerikanischen Bischöfe erstmals seit zehn Jahren zum gleichen Thema in einem größeren Pastoral schreiben geäußert.

### Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Vom 25. bis 28. kamen die deutschen Bischöfe in Fulda zu ihrer Herbstvollversammlung zusammen. Dabei entschieden sie sich grundsätzlich für einen Verbleib der kirchlichen Beratungsstellen in der gesetzlichen Schwangerschaftskonfliktberatung (vgl. ds. Heft, S. 537f.). Die seit längerer Zeit in Arbeit befindliche Erklärung „Der pastorale Dienst in der Pfarrgemeinde“ wurde verabschiedet und soll demnächst veröffentlicht werden. Jeweils auf einem halben „Studientag“ befaßten sich die Bischöfe mit der Entwicklung der *Bistumspressen* aufgrund einer Allensbach-Untersuchung über die Chancen der Bistumspressen und mit Fragen des *kirchlichen Dienst- und Arbeitsrechts*. Dabei ging es um die Konkretisierung der vor zwei Jahren beschlossenen „Grundordnung des

kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse“. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch die Situation der *katholischen Schulen in freier Trägerschaft*; derzeit gibt es in Deutschland etwa 1200 Schulen in katholischer Trägerschaft mit über 300 000 Schülern, die von der Kirche mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt werden. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, widmete sein Eröffnungsreferat der Kirche in der pluralistischen Gesellschaft. Lehmann setzte sich dabei ausführlich mit geschichtlicher Herkunft und heutiger Ausprägung des gesellschaftlichen Pluralismus auseinander und warnte davor, in eine katholische Sonderwelt nach dem Modell des 19. Jahrhunderts zu flüchten. Die Kraft des christlichen Glaubens dürfe zwar nicht mit den sozialen und pädagogischen Funktionen gleichgesetzt werden, die die Kirche in der modernen Gesellschaft übernommen habe. Aber man dürfe auch nicht der Versuchung nachgeben, in eine „Subkultur kirchlichen Lebens“ abzutauchen. Kirche müsse bis an die äußerste Grenze die Sorgen und Nöte einer konkreten Gesellschaft mittragen und ausleiden, „auch wenn sie manchmal einer problematischen Komplizenschaft verdächtigt wird“. Die Kirche werde immer wieder darauf aufmerksam machen, „daß ein Pluralismus ohne Integration zerfällt und es immer wieder der gemeinsamen Konsensbildung über die Grundlagen bedarf“.

### Rat der EKD zum Jahrestag der deutschen Einheit

Schmerzliche Erfahrungen der Trennung sollten nicht vergessen, das Bewußtsein für die große Chance des unerwarteten Geschenks der Einheit wachgehalten und das Geschenk mit Leben gefüllt werden. Trotz aller Sorgen und Konflikte, die den Alltag bestimmten, hätten die Deutschen in Ost und West Grund zur Dankbarkeit gegen Gott, mahnte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in einem Wort zum fünften Jahrestag der

deutschen Einheit. In seiner Erklärung ruft der Rat auch zur Auseinandersetzung mit Schuld und Unrecht auf und mahnt zur Geduld, die Suche nach Gerechtigkeit und die Prüfung des Unrechts in der ehemaligen DDR würden sich noch über viele Jahre erstrecken. Die damit verbundenen Konflikte müßten und könnten offen ausgetragen werden. Der Kirche sei es aufgetragen, davon zu sprechen, „daß mit dem Recht schließlich Versöhnung den Weg zum inneren Frieden bahnt“. Vor allem dürften die Opfer des Unrechts nicht vergessen werden. Die vom Strafrecht vorgesehenen Verjährungsfristen sollten aber nicht verlängert werden. Ausdrücklich betont die Erklärung in einem Aufruf zur Solidarität zwischen Ost und West, die Überwindung der Unterschiede der realen Lebensverhältnisse gehöre zu den Aufgaben der erneuerten Einheit. Gelänge es nicht, das Ost-West-Gefälle in Deutschland abzubauen, wäre wohl auch die Überbrückung der auseinanderklaffenden Lebensverhältnisse in Europa und darüber hinaus unwahrscheinlich. Der Forderung nach einem raschen Abbau der Transferleistungen wird entschieden widersprochen. Nach einer Würdigung der Christen, die sich im Herrschaftssystem der SED zu ihrem Glauben bekannt haben, beklagt die Erklärung Umfang und Erfolg der Einflußnahme des MfS auf die Kirche und fordert die Fortsetzung der notwendigen und offenen Auseinandersetzung mit den Aktionen der SED in der Kirche.

### Neue Strukturen für die Kirche von England

Größere *Strukturveränderungen* bei den zentralen Leitungsorganen der anglikanischen Kirche von England sieht ein *Kommissionsbericht* vor, der jetzt veröffentlicht wurde. Die nach ihrem Vorsitzenden, dem Bischof von Durham, benannte „Turnbull-Kommission“ wurde eingesetzt, nachdem der Kirche durch Mißmanagement ihrer zentralen Vermögensverwaltung („Church Commissioners“) erhebliche

Summen verlorengegangen waren. Der wichtigste Vorschlag der „Turnbull-Kommission“ betrifft die Schaffung eines neuen „National Council“ der Kirche von England. Dieses Gremium soll unter der Leitung der Erzbischöfe von Canterbury und York zwischen vierzehn und siebzehn Mitglieder zählen und der Generalsynode rechenschaftspflichtig, aber nicht unterstellt sein. Der „National Council“ mit vier Unterabteilungen soll eine einheitliche und effiziente Exekutive für die Kirche von England bilden und dem von der Reformkommission beklagten Wirrwarr an Zuständigkeiten verschiedenster Institutionen und Gremien ein Ende machen. In Zahl und Aufgabenstellung sollen die durch ihre Mißwirtschaft ins Gerede gekommenen „Church Commissioners“ zurückgestutzt werden: Statt bisher 95 wird dieses Gremium nach dem Willen der „Turnbull-Kommission“ nur noch fünfzehn Mitglieder haben. Ihre Aufgabe wird wie bisher die Verwaltung der Vermögenswerte der Kirche von England sein, aber nicht mehr die Verteilung der erwirtschafteten Gelder. Darum soll sich künftig der neue „National Council“ kümmern. Nach den Zielvorstellungen der Kommission hat der „National Council“ insgesamt und durch seine einzelnen Mitglieder die „öffentliche Verantwortung dafür, die Führungskraft und Kohärenz der Kirche zur Geltung zu bringen“. Die vorgeschlagene Struktur soll den Erzbischöfen von Canterbury und York den erforderlichen institutionellen Rahmen für eine wirksame Führung der Kirche schaffen. Falls die Vorschläge der „Turnbull-Kommission“ die erforderliche Zustimmung der Generalsynode, des Parlaments und des Monarchen erhalten, könnten die neuen Gremien im Herbst 1997 ihre Arbeit aufnehmen. Eine erste Entscheidung über den Reformplan ist für 1996 vorgesehen.

### Kirchen gegen Landminen

Hoffnungen hatten auch die Kirchen mit der vom 25. September bis 13. Oktober in Wien stattfindenden UN-Kon-

ferenz verbunden, die die vor 15 Jahren geschlossene „Konvention über bestimmte (inhumane) konventionelle Waffen“ überprüfen sollte. Das internationale Vertragswerk, das bisher erst von 49 Ländern unterzeichnet wurde, enthält in ihrem zweiten Zusatzprotokoll auch Einsatzbeschränkungen und Verbote für Landminen, die jedoch als nahezu wirkungslos gelten. Die Verhandlungen in Wien zu den *Landminen* scheiterten an den nicht überbrückbaren Meinungsverschiedenheiten der Teilnehmer. Das verhandelte Problem in von der UNO geschätzten Zahlen: 100 Millionen Landminen sind in 60 Ländern verlegt, vorwiegend in der sogenannten Dritten Welt. Jährlich werden zwei Millionen neuverlegt, 10 Millionen produziert. Billige Minen sind für 10 Mark zu erhalten, ihre Räumung kostet zwischen 1000 und 1500 Mark (sie wird gelegentlich von den selben Firmen angeboten und durchgeführt, die die Minen auch herstellen). Humanitäre Organisationen schätzen die Zahl der zivilen Opfer von Landminen weltweit auf 25 000 pro Jahr. Ein totales Verbot der Herstellung und des Einsatzes von Landminen hatte der Vertreter des Vatikans, *Mario Zenari*, auf der Konferenz gefordert, die Staatengemeinschaft solle mehr finanzielle Mittel zur Minenräumung und zur Hilfe für Minenopfer bereitstellen. Gemeinsam hatten auch die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland in einer vor der Konferenz veröffentlichten Erklärung ein weltweites Verbot gefordert. Die von der Bundesregierung bislang angestrebten Maßnahmen wie ein Exportstopp oder das Verbot metallloser Minen werden darin als wichtiger Schritt begrüßt, dieser sei jedoch nicht ausreichend, ein genereller Bann von Anti-Personenminen gefordert; die absehbaren Neuregelungen ließen zu viele Schlupflöcher. Die Bundesregierung solle mehr Mittel für die Minenräumung sowie die Unterstützung der Minen-Opfer zur Verfügung stellen. Auch ein „Initiativkreis für das Verbot von Landminen“, dem unter anderem Caritas, Misereor, Justitia et Pax, Brot für die Welt und das Diakonische

Werk angehören, hatte vor der Konferenz eine weltweite Ächtung aller Landminen gefordert.

### Friedenspreis an die Orientalistin Annemarie Schimmel

Trotz heftiger Kritik aus dem linken Intellektuellenspektrum hielt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels an der diesjährigen Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels fest und überreichte den Preis am 15. Oktober in der Frankfurt Paulskirche im Rahmen der diesjährigen Frankfurter Buchmesse. Kritiker warfen Annemarie Schimmel eine Verharmlosung des islamischen Fundamentalismus vor. In ihrer Danksagung distanzierte sich Schimmel erneut von der „unheilvollen Fatwa gegen Salman Rushdie“. Sie setzte sich dafür ein, im Dialog mit dem Islam „feiner zu differenzieren und die zarteren Zwischentöne, die positiven Aspekte des gelebten Islams zu erkennen“. Sie kritisierte, was sie eine „erschreckende Verengung und Verhärtung dogmatischer und legalistischer Positionen“ nannte. Es gehe dabei schon längst nicht mehr um Versuche, sich gegen den wachsenden Einfluß des Westens abzuschotten. „Wir stehen weithin einem Ausdruck reiner Machtpolitik gegenüber, Ideologien, die sich des Islams als eines Schlagwortes bedienen und mit seinen religiösen Grundlagen kaum noch etwas gemein haben.“ Gegen die Kritik an ihre Adresse, den Islam zu idealistisch zu zeichnen, verteidigte sie sich mit dem Zitat eines schwedischen Islamwissenschaftlers: „Ein religiöser Glaube hat dasselbe Recht wie jede andere ideelle Bewegung, nach dem beurteilt zu werden, was er wirklich will, nicht danach, wie menschliche Schwäche und Erbärmlichkeit das Ideal verfälscht haben.“ In seiner Laudatio auf die Preisträgerin meinte Bundespräsident *Roman Herzog*, die Kontroverse um Annemarie Schimmel habe zur Erkenntnis beigetragen, daß eine „vertiefte und differenzierende Beschäftigung“ mit der vielschichtigen islamischen Kultur vonnöten sei.